

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt Dresden 2 RMk. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 RMk., bei Vorbestellung gebührt. Einzelnummern 10 Pf. Wochensatz 1 RMk. 50 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. (Schlusszeile 20 Pf.). Die 3-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Pf. (Schlusszeile 10 Pf.). Sonstige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 237 — 89. Jahrgang

Freitag, den 10. Oktober 1930

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Freitag, den 10. Oktober 1930

Sechs Eisenbahnwagen voll Gold!

Eineinhalb Jahre ist es her, seit die Deutsche Reichsbank ihren Diskontfuß erhöhen mußte. Es war die Zeit, als während der Verhandlungen über den Young-Plan in Paris eine Krise ausgebrochen war: um Deutschland unter politischen Druck zu nehmen, hatte Frankreich damals etwa eine Milliarde kurzfristiger Gelder, die es bei uns angelegt hatte, zurückgezogen und die ausgebrochene Panik ließ außerdem die Kapitalflucht aus Deutschland hoch anschwellen. Die Gold- und Devisendeckung für die deutsche Währung wurde bedrohlich kurz wegen der gewaltigen Abgaben, zu denen die Reichsbank infolge jener beiden Vorkommnisse gezwungen war. Die Gegenaktion der Diskonterhöhung nutzte nicht viel und deshalb gab man ja in Deutschland dem Druck aus Paris schließlich nach.

Auch bei der soeben erfolgten erstmaligen Wiederaufhebung des Reichsbankdiskonts — er war seit dem Juli 1929 allmählich um 3,5 Prozent ermäßigt worden — handelt es sich um eine notwendig gewordene Gegenaktion. Seit der zweiten Septemberwoche wiederholte sich der Abmarsch vor allem des französischen, kurzfristigen Kredits. Panikmeldungen über „bedrohende“ innenpolitische Auseinandersetzungen putschistischer Art in Deutschland wirkten alarmierend, jenen Abmarsch noch beschleunigend. Dazu kam die nun wieder heftig einsetzende Kapitalflucht, also die Umwandlung von Markguthaben in ausländische Konten. Der neue Devisensturm auf die Reichsbank kostete allein 210 Millionen Gold — 6 Eisenbahnwagen voll Gold! — die restlos in die Kasse der Bank von Frankreich hinüberwanderten. Aber er kostete in noch viel größerem Umfang Devisen, so daß insgesamt schon bis Ende September dem Gold- und Devisenschatz der Reichsbank über 800 Millionen entzogen waren; dieser Abfluß setzte sich im Oktober fort, kürzte die bestehende „Golddecke“ unserer Währung um 15 Prozent und erzwang damit die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts, obwohl jene Decke immer noch viel größer als gesetzlich vorgeschrieben ist. Die einprozentige Erhöhung vergrößert den Abstand des deutschen Sazes von dem in Newyork, London, Paris, Amsterdam usw. aber gleich berart, daß es für den ausländischen Geldgeber ein sehr gutes Geschäft wird, Kredit — also Devisen — nach Deutschland zu legen. Und dabei ist vor allem zu beachten, daß England und namentlich Amerika jenes ganze Vorgehen Frankreichs nicht mitgemacht haben, sogar gerade in den letzten Tagen — man denke z. B. an den der Regierung Brünning in Aussicht gestellten Überbrückungskredit — mit sehr erheblichen Geldangeboten herausgetreten sind. Der auch jetzt wohl ziemlich mit einer Milliarde abzuschätzende Geldentzug durch Frankreich dürfte also zum großen Teil in absehbarer Zeit wieder weitgemacht werden. Allerdings spielt dabei die Art, wie sich das Finanzreformprogramm der Reichsregierung weiterentwickeln wird, eine sehr wichtige, wohl die ausschlaggebende Rolle.

Aber das alles ändert nichts daran, daß die Rückwirkung dieser Diskonterhöhung auf die deutsche Wirtschaft eine Vertiefung des Kredits sein wird — und vom größten bis zum kleinsten Betrieb wird ja heute mit Bankkredit gearbeitet! Daher wird es sich auch überall bemerkbar machen, daß mehr Zinsen verlangt werden bzw. zu zahlen sind. Preisdrückend wirkt das auch gerade nicht! Aber allen wirtschaftlichen Bedenken voranzustehen hat die Rücksicht auf den Schutz unserer Währung. Unerfährliche Maßnahmen werden es auch auf dem Kapitalmarkt geben. Langsam war das Zinsniveau des langfristigen Kredits gesunken — damit dürfte es jetzt auch zu Ende sein. Auch das muß ertragen werden.

Jene Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber ist eben — was man als „trübsinnig“ betrachten darf — weiter nichts als eine Störung des Geldverkehrs auf dem Weltmarkt. Durch Herabsetzung des deutschen Bankzinsfußes laden die Hüter unserer Geldwirtschaft zwar teuer bezahlt, dafür aber auch wieder reichlicher strömende Mittel aus dem Ausland herein, öffnen auch manche bisher verstopfte Geldquellen im Inland selbst, — ein Mittel gegen die Kapitalflucht! Mancher überlegungslos doch, im Ausland sein Geld zu der Hälfte der Zinsen anzulegen, die er im Inland erhält. Entscheidend freilich für die Weiterentwicklung ist und bleibt doch, ob und wann und wie sich die deutsche Wirtschaft zu gesünderen Verhältnissen emporarbeiten wird.

Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

Die Folge starker Goldverluste.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat dem Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskontfuß von 4 auf 5 Prozent und den Lombardzinsfuß von 5 auf 6 Prozent zu erhöhen, zugestimmt.

Kein Anlaß zur Beunruhigung.

Zur Begründung des Beschlusses des Reichsbankdirektoriums, den Diskont- und Lombardfuß um je ein Prozent zu erhöhen, führte Präsident Dr. Luther vor dem Zentralausschuß aus, daß die Maßnahme der Reichsbank keinen Anlaß zur Beunruhigung

Schacht gegen die Youngplanzahlungen

Newyork, 9. Oktober. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht nahm an einem Essen teil, das der Newyorker Bond-Club ihm zu Ehren veranstaltete. Ueber 500 Personen aus führenden Bankkreisen waren erschienen. Dr. Schacht führte aus, er sei diesmal als Privatmann nach Amerika gekommen, um seine Freizeit zu einer ausgedehnten Studienreise zu benutzen. Gern sei er, obwohl Privatmann, der Einladung gefolgt, um auf Wunsch seiner amerikanischen Freunde seine Ansicht über die augenblickliche Lage Deutschlands auszusprechen. Er habe selber festgestellt, daß in Amerika im Augenblick ein unbedägliches Gefühl angesichts der deutschen Zustände herrsche. Wer die geradezu übermenschliche Geduld des deutschen Volkes gegenüber aller wirtschaftlichen Not und außenpolitischen Bedrängnis objektiv beobachte, könne unmöglich überrascht davon sein, daß ein so rechtschaffenes Volk wie das deutsche seiner Empörung Ausdruck gebe. Daß dies nicht durch Gewalttaten, sondern durch den Stimmgelächter geschehen sei, sei nur ein neuer Beweis dafür, daß das deutsche Volk das ordnungsliebendste der Welt sei. Diejenigen deutschen Zeitungen, die solche falschen Nachrichten über eine bevorstehende Revolution in Deutschland berichteten, begännen zu verbrechen an der Welt.

Es ginge in Deutschland lediglich darum, ob das deutsche Volk genügend Beschäftigung finden könne, um am Leben zu bleiben.

Noch sei die wirtschaftliche Potenz Deutschlands unerschüttert. Aber die Reparationen seien teils durch falsche Finanzpolitik, teils durch die Reparationen aufgebraucht, die nicht aus dem Ueberfluß der Wirtschaft, sondern durch Aufnahme neuer Kredite geleistet worden seien. Im kommenden Winter müsse Deutschland auf eine Arbeitslosenzahl von über vier Millionen Menschen gefaßt sein, ohne dabei auf irgendwelche Finanzreserven zurückgreifen zu können. Die Wahrheit sei nach seiner festen persönlichen Ueberzeugung, daß Deutschland aus eigener Kraft die Annuitäten des Youngplans nicht zahlen könne. Es müßte aus Kosten der übrigen Länder sonst seinen Außenhandel fast um die Hälfte steigern.

Er glaube nicht, daß die übrigen Völker gewillt seien, Deutschland die Zahlung der Annuitäten dadurch zu ermöglichen, daß sie solcher Steigerung des deutschen Warenexportes auf eigene Kosten beitrügen. Es könne deshalb nur eine Frage der Zeit sein, wann das Reparationsproblem erneut zur internationalen Diskussion stehe. Er könne sich unter keinen Umständen vorstellen, daß irgendeine Macht der Welt in der Lage oder nur geneigt sei, Deutschlands politischen Schuldverpflichtungen einen Vorrang vor privaten Schuldverpflichtungen zu verschaffen. Eine Regierung, die etwas Derartiges versuche, würde selbst jeden Kredit in der Welt verlieren. Wie auch immer das Schicksal der Reparationen sein möge — Deutschland werde seinen seiner ausländischen Geldgeber niemals enttäuschen. Darin sei auch die Youngplanleihe mit einbegriffen und unbeschadet ihres politischen Ursprungs.

Die moralische Kreditwürdigkeit des deutschen Unternehmertums sei unerschüttert. Der deutsche Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt würden keine Schuldverpflichtungen übernehmen, wenn sie nicht der ethischen Ansicht seien, Zinsen und Amortisationen aus der Produktion herauswirtschaften zu können.

Was aber den Kredit für öffentliche Körperschaften betreffe, so machten sich heute weite Kreise in Deutschland die Kritik zu eigen, die er vom ersten Tage seiner Amtsführung an der öffentlichen

zu geben geeignet sei. Die Lage des Instituts habe durch die starken Gold- und Devisenverluste

der letzten Zeit hierzu gezwungen. Tatsache sei, daß eine wesentliche Verringerung der Ansprüche seit dem Septemberultimo nicht eingetreten sei. Insgesamt seien bis zum Ultimo rund 808 Millionen Mark Gold und Devisen auf Schecks und Inhaberpapiere abgezogen worden. Die Notendekung durch Gold allein betrage jetzt 51,3 Prozent, durch Gold und deckungsfähige Devisen 57,3 Prozent. Dr. Luther erinnerte dann daran, daß trotz des niedrigen Diskonts der Reichsbank bis vor kurzem noch dauernd Gold zugeführt wurde. Dieses sei in allerletzter Zeit umgekehrt gewesen. Dr. Luther betonte jedoch, daß die Reichsbank sich

durch keinerlei politische Motive bei ihren Maßnahmen leiten lasse. Sie gehe rein sachlich als Zentralnoteninstitut vor.

Keine grundsätzliche Billigung der Außenpolitik im Reichskabinett.

Berlin, 9. Oktober. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt zu der amtlichen Mitteilung über die Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch, in der Dr. Curtius Bericht erstattete, u. a. folgendes: Das offizielle Kommuniqué bedarf insofern einer Richtigstellung, als es sich hierbei nicht um, wie das Kommuniqué besagt, eine vollinhaltliche Billigung der von Curtius

Finanzgebarung geübt habe. Die Forderung nach Beseitigung der sozialistischen Verschwendungswirtschaft und nach finanzieller Ordnung sei das Hauptproblem des Augenblicks.

Dr. Schacht fuhr fort: Sie werden mich fragen, ob die Regierung stark genug sein wird, eine solche Politik der finanziellen Ordnung durchzuführen. Ich erwidere darauf, daß uns auch hier das Ausland durch eine gerechtere Behandlung unserer nationalen und moralischen Forderungen helfen könnte.

Das deutsche Volk ist, im ganzen genommen, viel zu ordnungsliebend, fleißig und ehrenhaft, als daß es den Geist der Unordnung oder des Bolschewismus zur Herrschaft gelangen lassen wird.

Aber auch hinsichtlich der Reparationsabmachungen wird Deutschland im Rahmen der abgeschlossenen Verträge bleiben. Der Youngplan sieht eine ökonomische Abwicklung des Reparationsproblems vor. Er enthält aber auch alle Möglichkeiten einer Neuapassung, wenn die Unmöglichkeit einer gewissen Durchführung sich ergeben sollte. Wenn trotzdem eine psychologische Beunruhigung über das Reparationsproblem in der Welt herrscht, so aus dem Grunde, weil die Politik das „Self liquidating scheme“ des Youngplans im Haag mit Sanktionen bedacht hat.

Dr. Hugenberg über die Möglichkeit einer aktiven Revisionspolitik.

Düsseldorf, 9. Oktober. Die Zeitung „Tidens Tegn“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Hugenberg, in der er u. a. ausführt: Unsere Außenpolitik kann zunächst nur ein Ziel haben: eine vernunftgemäße Revision der beiden Verträge, unter deren Druck das deutsche Volk bald vollends zusammenbrechen muß. Es ist Unsinn, im Zusammenhang mit dieser Revisionsforderung vom Kriege zu reden. Das völlig entwaffnete Deutschland ist weniger als der kleinste freie Staat Europas zu irgend einer kriegerischen Aktion fähig. Aber die Bestimmungen der Verträge selbst weisen uns den Weg, der beschritten werden muß. Artikel 19 des Völkervertrages betont ausdrücklich, daß „internationale Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährdet, nachzuprüfen sind“. Der französische Schriftsteller Marquet nennt die deutsche Disziplin richtig „eine dauernde Gefahr für den Frieden, die unbedingt beseitigt werden müsse“. Ebenso unerträglich ist die einseitige Entwaffnung Deutschlands, mit deren erniedrigenden Begleiterscheinungen der Entmilitarisierung des Rheinlandes und der neutralen Zone föhlich des Rheines. Selbstverständlich bedarf die Reparationsfrage einer sofortigen Revision. Der Youngplan hat sich sogar schneller als es die größten Pessimisten annahmen, als undurchführbar erwiesen. Auf Möglichkeiten von Deutschland aus während einer Uebergangsgangzeit seine unerträglichen Wirkungen vom deutschen Volke abzuwälzen, habe ich in zahlreichen Reden hingewiesen. Aber trotzdem gibt es schließlich keinen anderen Weg, als daß die Staatsmänner und Finanzfachverständigen sich noch einmal zusammensetzen, um eine der Vernunft entsprechende Neuregelung zu finden. Unter dem heutigen Zustand leidet schließlich nicht nur Deutschland, sondern die ganze Erde, denn die Weltwirtschaftskrise steht in engstem Zusammenhang mit den widerwärtigen Bedingungen, unter denen eines der wichtigsten Produktions- und Absatzgebiete der Erde zu leben gezwungen wird.

geführten Verhandlungen handelt. Vielmehr hat der Reichskanzler lediglich dem Minister für seine Arbeit in Genf seinen Dank ausgesprochen. Curtius hat in Genf in den wesentlichen Fragen der Abrüstung, weiter in der Frage der Anscheinung der Revision unserer gesamten Außenpolitik, nichts erreicht. Demgegenüber treten die spärlichen Erfolge, die er in der memeländischen und auch der Saarfrage angeblich erreicht hat, vollkommen zurück. Wir sind noch wie vor der Ueberzeugung, daß auf den Vollen des Außenministers nicht ein nur verwaltungstechnisch begabter Epigone des Herrn Stresemanns gehört, sondern ein Mann, der die außenpolitische Situation Deutschlands, die schon ohne unser Zutun an Chancen reicher geworden ist, zu meistern versteht.

Die Staatspartei zerfällt weiter.

Berlin. Wie wir von bestunterrichteter Seite hören, wird in aller nächster Zeit eine weitere Abbröckelung von der Staatspartei erfolgen. Die Gruppe junger Volksparteiler, die sich unter Führung von Joseph Winkub der Deutschen Staatspartei angeschlossen hatte, ist im Begriff, dem Beispiel der Volksparteianer zu folgen und das sintende demokratische Schiff zu verlassen. Wie wir erfahren, hat man von staatsparteilicher Seite Dr. Winkub den Posten des zweiten Vorsitzenden der Deutschen Staatspartei angeboten, aber Winkub hat abgelehnt. So dürfte schon zu Beginn der nächsten Woche von der Staatspartei nichts mehr übrig sein.

Es bleiben dann noch vierzehn Demokraten übrig, die nicht